

## „Bürgerarbeit“

*Eine Karikatur von Arbeitsplatz für die Menschenwürde der Arbeitslosen*

Die Berliner Sozialpolitik ist dabei, eine Idee aufzugreifen, die idealistische Systemverbesserer des Kapitalismus in Umlauf gebracht haben. Wenn der Arbeitsgesellschaft schon vor lauter Produktivität die Arbeit ausgeht, dann sollte sie allen Bürgern ein anständiges und bedingungsloses Grundeinkommen bezahlen und sie so dazu befreien, etwas für sich Sinnvolles und für die Gemeinschaft Nützlich zu tun, ohne immer auf das Geld schielen zu müssen, das diese Tätigkeit abwirft oder eben nicht: Bürgerarbeit, von Bürgern zum Nutzen anderer Bürger geleistet.

Jetzt macht sich das wirkliche Gemeinwesen daran, die schöne Idee in die Tat umzusetzen; das Ergebnis gerät nicht ganz so idealisch, wie ihre Erfinder sie wohl gemeint haben; von einer Perversion der an sich guten Idee kann aber auch nicht die Rede sein. Eher schon wirft die praxisgerecht karge Realisierung ein Licht auf diese Ausgeburt des zeitgemäßen Humanismus.

Vertreten durch die Bundes-Arbeitsagentur, testet der Staat in einem vorläufig bis 2014 begrenzten, mit nur 34.000 „Arbeitsplätzen“ ausgestatteten Modellprojekt die Bürgerarbeit als „neuen Lösungsansatz“ im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

„Die Grundidee der Bürgerarbeit besteht in der konsequenten Aktivierung des gesamten Arbeitslosenbestandes bei gleichzeitigem Angebot von gemeinnütziger, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für diejenigen Menschen, die trotz guter konjunktureller Lage auch mittelfristig keine Chance am ersten Arbeitsmarkt haben.“ (Heinrich Alt, der für die Grundsicherung zuständige Vorstand der Arbeitsagentur, „Das Konzept Bürgerarbeit – Ein Erfolgsmodell?“, Soziale Sicherheit 3/2010)

Bürgerarbeit wird zwar allen Klienten der Agentur angeboten, zielt aber klar auf den Bodensatz von Langzeitarbeitslosen. Nach Jahren des Ak-

tivierens, Qualifizierens, Profilierens und Sanktionierens sieht es die Arbeitsverwaltung ein: Weiteres Motivations- und Bewerbungstraining, weitere hundert Bewerbungsschreiben zu fordern, wäre nur noch Schikane ohne den Schein einer Chance auf Vermittlung in reguläre Beschäftigung. Für diese Leute hat der kapitalistische Arbeitsmarkt einfach keine Verwendung; weder die Wirtschaft noch der Staat als größter Arbeitgeber brauchen deren Arbeit. Aber was brauchen diese armen Figuren? Arbeit natürlich! Und weil sich kein Arbeitgeber findet, organisiert ihnen die Arbeitsagentur selbst die vorläufige Endstation ihrer kapitalistischen Karriere. Sie schafft sozialversicherungspflichtige, relativ dauerhafte – auf wenigstens 3 Jahre angelegte – Arbeitsplätze, indem sie kommunale, kirchliche, gemeinnützige Institutionen, Vereine und soziale Betreuungsstellen ermuntert, zusätzliche Arbeitsstellen einzurichten, die sich irgendwie auf ein öffentliches Interesse beziehen lassen, und ihnen die dafür anfallenden Lohn- und anderen Kosten erstattet. Das Geld dafür nimmt die Agentur aus den Mitteln der Grundsicherung und den kommunalen Wohngeldtöpfen, die beide durch die Entlohnung der Bürgerarbeiter ja entlastet werden; darüber hinaus zapft sie den Europäischen Sozialfonds an. Finanziert werden soll die gute Sache nämlich kostenneutral, alleine durch Umschichtung schon bestehender Sozialausgaben.

Die entstehenden Bürgerarbeitsplätze bieten also alles, was Arbeitsplätze ihren „Besitzern“ so bieten – außer dem einen: Lohn, jedenfalls Lohn, der spürbar über die gesetzliche Grundsicherung plus Wohngeld hinausgeht, ist nicht im Angebot. Gezahlt werden 900 €, dazu 180 € Sozialabgaben. Dafür muss der Bürgerarbeiter 30 Stunden antreten; 10 weitere Stunden sind für „intensives Coaching“ reserviert, also schon wieder für neues Bewer- ▶ S. 3

## Der neueste Schrei der Gewerkschaft: Kriegsmaterial – im Interesse der arbeitenden Klasse!

### „IG Metall warnt vor geringeren Rüstungsausgaben.“

Die IG Metall hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vor einer massiven Kürzung des Rüstungsetats gewarnt. Mit den jetzt geplanten Einsparungen würden 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und die 'militärische Luftfahrtindustrie kaputt gemacht', sagten EADS-Gesamtbetriebsratschef Thomas Pretzl und IG-Metall-Konzernbetreuer Bernhard Stiedl. Sie kündigten den Widerstand der Gewerkschaft an.“ (tagesschau.de, 14.9.10)

In einer Welt, in der das höchste proletarische Glück ein Arbeitsplatz ist, ist das Schlimmste, was einem Arbeiter passieren kann, den der Arbeitsmarkt zu EADS verschlagen hat, dass der Staat an den Ausgaben für Krieg spart. Gottseidank hat er eine Gewerkschaft. ◀

## GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

### Die Forderung nach „Integration“

*Können Migranten überhaupt erfüllen, was ihnen da abverlangt wird?*

Die Ausländerfrage hat wieder Hochkonjunktur: Seit der Botschaft von Thilo Sarrazin, dass Deutschland sich abschafft, wenn es arbeitslosen Ausländern erlaubt, mit Sozialhilfe zu überleben und auch noch Kinder zu haben; und seit den Wahlsiegen von islam- und ausländerfeindlichen Parteien in den Niederlanden, Schweden und Österreich.

In der ebenso bösartigen wie verlogenen Debatte um Zuwanderung und Integration werden die Einheimischen als die Hausherrn im deutschen Haus angesprochen, egal ob ihnen in diesem großen Haus sehr viel oder auch gar nichts gehört. Gegenüber Migranten ist Hartz-IV-Empfängern und Bankiers, Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen ein ausgeprägtes Anspruchsdenken gestattet: Ausländer, die „wir“ bei „uns“ leben lassen, haben „uns“ zu nützen. „Wir Deutschen“ sind das Maß für ausländisches Leben hier; die Zugereisten müssen sich als Diener „unseres“ Wohlstands bewähren – oder sie gehören weg.

Über diesen Anspruch herrscht eine ekelhafte Einigkeit zwischen rechts und links, oben und unten. Über das, was deutscher Nutzen heißt, dagegen überhaupt nicht. Der ist für die Regierung etwas anderes als für die Arbeitgeber und nochmal etwas anderes für die lohnabhängige Mehrheit. Die Wirtschaft fordert den weiteren Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften, um möglichen zukünftigen Fachkräftemangel zu bekämpfen. Die Obrigkeit will diesen Mangel, der eine Wachstumsbremse werden könnte, gar nicht erst entstehen lassen. Deutsche Arbeitnehmer rechnen anders: Im Ausländer, den ihr Arbeitgeber ganz genauso wie sie als billigen Kostenfaktor und leistungsfähigen Produktionsfaktor seiner Geschäfte beansprucht, sehen sie weniger den Leidensgenossen, auch nicht den nützlichen Diener der deutschen Wirtschaft, sondern mehr den unberechtigten Konkurrenten, der ihr Privileg entwertet, sich als Deutsche exklusiv um den Dienst in deutschen Unternehmen bewerben zu dürfen. „Wir Deutschen“ bestehen gemeinsam darauf, dass die Einwanderer „uns“ dienstbar zu sein haben; „Wir“ haben aber gar kein gemeinsames Interesse, dem „wir“ sie dienstbar machen könnten.

Längst geht es freilich nicht mehr um die Frage: „Wolle mer se reilasse?“ Millionen Landeskinder mit „Migrationshintergrund“ sind schon da. Jetzt heißt es: „Fügen sie sich auch gescheit ein? Passen sie sich unseren maßgeblichen Gebräuchen so an, dass wir ihnen den Ausländer nicht mehr gleich anmerken und sie früher oder später als Volksgenossen akzeptieren können?“ „Uns“ unerträglich ist nicht mehr der Ausländer an sich, sondern der „Integrations-Verweigerer“.

– Was aber haben die Integrations-Pflichtigen zu tun, um es „uns“ recht zu machen? Natürlich erst mal Deutsch lernen, Schulen besuchen, sich am Arbeitsmarkt bewähren, Geld verdienen und dem Sozialstaat nicht zur Last fallen. Aber reicht das? Werden dadurch aus Ausländern gute Deutsche oder nur umso lästiger Konkurrenten der deutschen Bewerber um deutsche Arbeitsplätze?

– Damit sie zu „uns“ passen, müssen sie außer Arbeits- und Erwerbs-Tugenden auch unsere Werte übernehmen. Das steht fest; gar nicht fest steht, welche Werte das sind. Da bestehen Leute, die weder eine Kirche noch eine Moschee je von innen gesehen haben, darauf, dass das Christentum total, der Islam aber gar nicht zu Deutschland gehört. Bundespräsident Wulff hält dagegen und versucht die Moslems zu weiterer Anpassung zu verführen, indem er vor ihrem Allah den Hut zieht. Ist das Integration? Oder Anbiederung? Wer hat sich eigentlich wem anzupassen?

– Und überhaupt: Kann einer deutsch werden, wenn er es nicht schon ist? Schließlich kann kein Politiker und auch sonst niemand sagen, welche bildungsmäßige, charakterliche, kulturelle Ausstattung sich die Migranten genau zulegen müssen, – und ob es genügt, sich eine solche Ausstattung zuzulegen, um das Ziel der Integration zu erreichen. Fest steht nur eines: Dass „wir“ Integration von den Migranten verlangen können, weil „wir“ das Volk sind, in das die rein sollen.

Der Vortrag will erklären, worin die unerfüllbare Endlos-Forderung nach Integration ihren Grund hat; warum sie zugleich lächerlich blöd und bitter ernst ist; aus welchem Konflikt staatlicher Gesichtspunkte in der Ausländerpolitik sie also hervorgeht.

11.11. Donnerstag, 20 Uhr  
K4, Weißer Saal, Königstr. 93, Nbg.  
www.gegenstandpunkt.com

Das Thema „Leistungsmessung“ in der Schule wäre an sich ja eine Erklärung durchaus wert. Dass es in Sachen Ausbildung des Nachwuchses um die Erbringung von Leistung geht, d.h. sachgerechte Anstrengung pro Zeit, versteht sich ja durchaus nicht von selbst. Vielmehr ist die Forderung, sich einen bestimmten Stoff in festgelegter Zeit anzueignen (oder gar nicht) und ihn in limitiertem Zeitrahmen auf Anforderung zu reproduzieren, eine dem Wissen und seiner Vermittlung völlig fremde, gegensätzliche Auflage. Dann geht es offensichtlich darum, den in den verschiedenen Fächern präsentierten Unterrichtsstoff zur Kenntnis zu nehmen, um in Prüfungen regelmäßig messen zu lassen, in welchem Verhältnis die eigene Leistung zu den gestellten Anforderungen steht, und welchen Platz man dabei im Verhältnis zu seinen Mitkonkurrenten einnimmt. Bei der so mit den Noten hergestellten Leistungshierarchie der Schüler wird dann am Ende jedes Schuljahres aus einer (zu) schlechten Bewertung der schlichte Schluss gezogen, Schüler deswegen von weiterer Ausbildung auszuschließen: Weil einer etwas (noch) nicht kann, könne er es offensichtlich nicht können. Dies der Rassismus der mittels Noten eingerichteten Selektion: Ein negativer Befund über die erbrachte Leistung gilt als Beweis dafür, dass so etwas wie eine natürliche Unfähigkeit, eben „schlechte Begabung“ vorliege. (Die durch die Leistungsmessung produzierte Hierarchie der Schüler schließt dann – entsprechend den Stufen des etablierten Bildungswesens – nicht nur jeweils von weiterer Bildung, sondern auch von den höheren Stufen der institutionalisierten beruflichen Hierarchie aus.)

Noten dienen also dazu, mittels des am Wissen durchgeführten Leistungsvergleichs eine Auslese an den Schülern durchzuführen, die auf die Herstellung von Unterschieden dringt, um die Zöglinge danach auf eine festgelegte Hierarchie zu sortieren.

Ein klassischer Schulpädagoge wie Hartwig Schröder (*Leistungsmessung und Schülerbeurteilung*) sieht die Sache etwas anders: Für ihn sind Noten von Anfang an eine Gegebenheit, für die schon irgendwie allein die Tatsache spricht, dass der Lehrer „verpflichtet“ ist, „seine Schüler zu benoten“. Deswegen sind sie für ihn kein Anlass, sich für die Klärung des Zwecks der Noten zu interessieren, sondern er stellt seine Besprechung unter die Fragestellung, ob dieses selbstverständlich unterstellte Verfahren auch „verantwortlich“, „als pädagogischer Akt“ und damit „begründet“, d. h. legitimiert erfolgt.

Wer so nur noch auf der Suche nach dem Ausmaß und dem Grad ist, mit dem er zustimmen darf, wird sich die Erfüllung dieses tiefen Wunsches kaum nehmen lassen: Sich getrennt von der inhaltlichen Bestimmung der Noten nur noch mit dem „Wie“ und der moralischen Haltung dabei zu beschäftigen, damit man sie als „begründet“ erklären kann, verdankt sich der Suche nach guten Gründen für die Leistungsmessung jenseits dessen, was sie ist. Und deren Auffinden hängt damit einzig vom eigenen Gutdün-

## Noten

### *schulpädagogisch bedacht*

ken ab. „Als pädagogischer Akt“ sollen sie begriffen werden – das wird sich bei den Noten ja wohl noch machen lassen; man fragt sich ja umgekehrt, als was sonst sie erfolgen könnten oder sollten. Schröder hält dies jedoch keineswegs für eine unsinnige Verdopplung: die pädagogische Maßnahme solle auch als solche erfolgen, sondern für ein Kriterium, von dem die „Güte“ der Noten abhängt. Ganz abstrakt gibt er damit Zeugnis von seinem unwissenschaftlichen Idealismus, der unter „pädagogisch“ nicht das verstehen will, was in der Erziehung passiert, sondern ein höheres Ideal davon, das er der existierenden Notengebung als ihr eigentliches Wesen und Anliegen unterstellen will – sonst ließe es sich nicht daran messen.

#### **Noten sind gut für Notenprobleme**

Dass auf diese Weise kein richtiges Urteil mehr über die Leistungsmessung abfällt, aber jede Menge Verklärung und Legitimation, zeigt sich an den verschiedenen Wirkungen und Leistungen, die die Schulpädagogik den Noten zuschreibt, und mit denen sie sie als „pädagogisch begründet“ sehen will. Ihre Besprechung folgt dabei durchweg dem Schema, die „Notengebung“ für angebliche Funktionen zur Lösung von Problemen zu beglückwünschen, die es allenfalls wegen der Noten und durch sie gibt.

Dazu drei Beispiele:

#### **1. „Motivation“**

*„Leistungen, von denen der Schüler weiß, dass sie zur Kenntnis genommen und qualifiziert werden, widmet er größere Aufmerksamkeit und nimmt er ernster ...“*

Daran ist nichts wahr. Erstens: Wenn die Schüler die „Leistungsmessung“ in der Schule ernst nehmen, dann nicht deswegen, weil ihre Leistungen „zur Kenntnis genommen“ werden, und auch nicht, weil sie „qualifiziert“ werden, sondern wegen der an die Benotung geknüpften, weitreichenden Konsequenzen in Sachen Ausschluss von den höheren Stufen der Berufshierarchie.

Zweitens ist das eine grobe Verwechslung von „Kenntnisnahme“ bzw. Qualifizierung einerseits mit Notengebung andererseits. In letzterer ist ja gerade jedes bestimmte (Nicht-)Wissen ausgelöscht, sind die unterschiedlichsten Fehler recht gewaltsam gleichgesetzt: Den Fehlern wird eine Ziffer (Note) zugeordnet, womit endgültig jeder Bezug zum Inhalt der jeweiligen Denkanstrengung getilgt ist.

Drittens aber und vor allem gibt es den Ruf nach „Motivation“, d.h. den Wunsch, die Schüler zum Mitmachen zu bewegen, trotz ihres Unwillens oder Desinteresses, nur wegen des im Schulsystem institutionalisierten Ge-

gensatzes gegen die Schüler, sich im Leistungsvergleich und für diesen bewähren zu müssen. Bei Schröder sollen umgekehrt ausgerechnet die Noten die Beseitigung und Lösung dieses „Problems“ sein!

#### **2. „Information“**

*„Die grundlegendste Bedeutung von Schulnoten ist ihre Informationsfunktion. Sie informieren den Schüler und seine Eltern, inwieweit die Leistungen des Schülers den Anforderungen der Schule entsprechen.“*

Ein schönes Kompliment an die Noten: Wofür ist eine Schulnote gut? Dass man erfährt, was man für eine Note hat! Über mehr als über sich selbst „informiert“ sie tatsächlich nicht, eben darüber, wie die erbrachte Leistung bewertet wird, und welchen Platz man dabei im Vergleich einnimmt. Das in der Schule aufgemachte Verhältnis der erbrachten und bewerteten Leistung zu den gestellten Anforderungen gibt es gar nicht getrennt und unabhängig von den Noten. Diese sind eben Instrument der Schule zur Durchführung der Auslese; nicht Information für den Schüler, sondern Zwang und Drohung: Wenn der Vergleich negativ ausfällt, ist Schluss mit dem weiteren Vergleichen. Als Leistung der Notengebung kann man dies nur dann honorieren, wenn man unterstellt, dass es das Interesse an ihr quasi naturwüchsig, unabhängig vom institutionalisierten Leistungsvergleich gäbe. Wenn es nicht um die Bewährung am festgelegten Maßstab ginge, wäre dieser Wunsch aber ziemlich unsinnig und die „Information“ gar keine; etwas anderes als dessen bewertetes Resultat teilt sie ja gar nicht mit. Und nur wegen der damit verbundenen praktischen Konsequenzen stößt die Note auf Interesse – an ihr.

#### **3. „Auslese“**

*„Die Schulnoten bestimmen entscheidend sowohl das Vorrücken in den Jahrgangs- und Leistungsklassen der einzelnen Schulstufen, als auch das Überwechseln von einer Schulart in die andere ...“ (Stimmt!) „Dabei wird ungeprüft vorausgesetzt, dass ein Schüler, der seither den Anforderungen entsprach, auch den neuen Anforderungen gerecht wird.“*

Genau genommen ist es in der Schule mit der Auslese so, dass aus als unzureichend bewerteten Ergebnissen der „Schluss“ gezogen wird, den betreffenden Schüler von den weiteren Stufen der Ausbildung auszuschließen. So bestätigt sich der pädagogische Rassismus, für den ein vorliegendes Nicht-Können am Ende eines Schuljahres ein klarer Beweis dafür ist, dass das so bleiben muss, weil einer das „offensichtlich“ nicht können kann: minderbemittelt! Und diesen ziemlich schwachsinnigen Rückschluss möch-

te Schröder und mit ihm die gesamte Pädagogik gerne nicht so vorschnell und „ungeprüft“ ziehen lassen. An welche „Prüfung“ hätte man denn da gedacht, damit die bisherigen Noten mit ausreichender Sicherheit auf die zukünftigen „Leistungen“ schließen lassen? Vielleicht noch eine „Leistungsmessung“ mehr pro Schuljahr? Während die Schule mit ihrer Selektion per eingerichteter Leistungsvergleich an ihrem Schülermaterial entsprechende Unterschiede (genauer: eine Hierarchie) praktisch herstellt, betrachtet ein Schulpädagoge die Welt lieber umgekehrt, als ginge es darum, unabhängig von der Schule existierende Differenzen an den Zöglingen möglichst genau zu messen, festzustellen. Das Ideal der gerechten, überprüften Selektion meldet da – ganz methodisch – leichte Zweifel an der Sicherheit und Ausgewiesenheit dieses Verfahrens an, dessen ganzen Widerspruch man dabei teilt: Der Wunsch nach objektivem Rassismus.

Von da aus sind die Noten einerseits unglaublich wichtig und andererseits gleichzeitig etwas problematisch: Können sie tatsächlich die ihnen zugeschriebene ideale Funktion erfüllen? Dazu von der Schulpädagogik ein klares: Jein! Man kennt nämlich durchaus auch „Mängel der Notengebung“, die sich weitgehend im Vorwurf der „Scheinobjektivität“ zusammenfassen und die sich v. a. subjektiven „Störfaktoren“ wie Vorurteilen des Lehrers etc. verdanken sollen.

Nun gibt es an den Noten ja einiges zu kritisieren, den Vorwurf mangelnder Objektivität sollte man ihnen jedoch nicht machen. Erstens sind nämlich die Noten prinzipiell immer ziemlich „objektiv“ in dem Sinn, als durch sie eine sehr handfeste und mit Konsequenzen rechtsgültige Beurteilung und Einordnung praktiziert wird. Zweitens teilt die Kritik der Schulpädagogik den Zweck der Notengebung, die Herstellung einer Hierarchie über Leistungsvergleich und will die Durchführung gleichzeitig an einem Maßstab bemäkeln, dem eine Note nie entsprechen kann: Sie soll ganz ausschließlich die einzelne Leistung für sich erfassen, wo eine Note aus nichts als dem Verhältnis zur Bewertung der Leistungen der anderen sich ergibt. Oder welcher Note entsprechen denn „ganz objektiv“ und für sich z. B. 7 Fehler im Diktat? Weil also diese Warnung vor „Störfaktoren“ etc. gerade keine Kritik an der Vergabe von Noten an sich ist, sondern diese umgekehrt möglichst perfekt und optimal erfolgen lassen will, interessiert ein Schulpädagoge sich nach langen Ausführungen über die diversen angeblichen Störeffekte am Ende für seine eigenen Einwände selbst nicht weiter. Da zeigt sich dann in herzerfrischend offener Art ein affirmativer Realismus und der bringt das schlagendste Argument für die Noten: Sie sind nun mal in „unserem Schulsystem so verankert“, und „deswegen wird es wohl noch lange Zeugnisnoten und ihre entsprechenden Konsequenzen geben“. Da wollte pädagogische Verantwortung nicht absteigen stehen. ◀

*Zitate aus: Schröder, Leistungsmessung und Schülerbeurteilung*

## Wieso? Weshalb? Warum? Macht die Schule dumm?!

Ausbildung macht dumm. Das steht nicht für ein Versagen von Schule und Universität, sondern das gehört zu den Aufträgen des hiesigen Bildungssystems. Dummheit, was ist das? Es fällt nicht unter Dummheit, wenn man die Rechtschreibung nicht beherrscht, nur schlecht lesen und rechnen kann oder die Nebenflüsse des Rheins nicht kennt. Das ist fehlendes Wissen, das kann man sich aneignen. Besser: das könnte man sich aneignen, wenn das Schulwesen tatsächlich das Anliegen verfolgen würde, den Nachwuchs solide in die „Kulturtechniken“ einzuführen und ihm gediegenes Wissen über Natur und Gesellschaft zu vermitteln. Tut es aber nicht.

Unter Dummheit fällt dagegen ziemlich viel von dem, was man lernt, und zwar als Volksschüler wie als Gymnasiast und als Student. Es fällt darunter die Ausstattung der Jugend mit einer Fülle falscher Urteile über Gott und die Welt. Das liegt nicht daran, dass sich Schulbuchverfasser und Lehrer einfach nur irren, wenn sie die Schüler mit ihren Lehren über Demokratie und Faschismus, über Geld und Markt, über Familie und Staat traktieren. Das tun sie auch. Aber das trifft nicht die Sache. Dafür sind die Dummheiten viel zu resistent gegen Argumente und haben bereits zu viele Jahrzehnte in Schulbüchern überdauert. Die frühzeitige Aneignung einer gehörigen Portion Dummheit braucht es vielmehr für die geistige Ausstattung des *mündigen Bürgers*. Gefordert ist sie für Leistungen, die hierzulande ständig gefordert sind: nämlich für die freiwillige Unterordnung unter alle Zwänge und Sachzwänge dieser Gesellschaft. Dummheit ist parteiliches Denken. Zugleich belehren die Dummheiten den erzogenen Mensch darüber, wie er alle Beschränkungen seiner Interessen, die „das Leben“ bringt, zu verarbeiten hat und zugleich dabei brav bleiben kann. Dummheit ist also eine wahre Produktivkraft im und für den Kapitalismus.

Der Referent **Dr. Freerk Huiskens** ist emeritierter Professor der politischen Ökonomie des Ausbildungssektors an der Universität Bremen. Die Veranstaltung wird durchgeführt von LUKS (Linke und kritische StudentInnen).

**2.11.** Dienstag, 19 Uhr  
Kollegienhaus, Raum 1.016  
Universitätsstr. 15, Erlangen

Die Veranstaltung fällt aus, ein Ersatztermin wird auf [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de) bekannt gegeben.

## BUCHEMPFEHLUNG



Freerk Huiskens  
**Erziehung im Kapitalismus**  
Von den Grundlügen der Pädagogik  
und dem unbestreitbaren Nutzen  
der bürgerlichen Lehranstalten

VSA-Verlag  
480 Seiten  
EUR 20,40  
ISBN 3-87975-722-4

Praktisch ist Erziehung eine klare Sache. Früher brachte sie den preußischen Untertanen, heute den aufgeklärten Wähler und mündigen Steuerzahler hervor. Schulbeamte verfügen zu diesem Zweck über Erziehungsgewalt, nachdem sie einen Eid abgelegt haben. Früher auf den Kaiser, danach auf den Führer, jetzt auf die Verfassung. Ihre Gewalt setzen Lehrer ein, stellen Unterschiede an den Schülern her und schließen so die Mehrheit von ihnen von höherer Bildung aus. Dass sie ihnen damit eine Lebensperspektive in Lohnabhängigkeit mit eingebauter Arbeitslosigkeit eröffnen, ist bezweckt. So geht Erziehung ihren Gang.

Die Wissenschaft von der Erziehung auch. Aber einen anderen. Sie vereidigt den Erzieher ideell noch einmal und zwar auf den Menschen. Für diesen Menschen erfindet sie

sich in gut rassistischer Manier eine Natur, die immer nach der Erziehung verlangt, die ihm zuteil wird. Anpassung und Selbstbestimmung gelten dieser Wissenschaft als höchste Ziele – und vor allem: als Synonyme! Dass die Erziehung für die Berufshierarchie Sieger und Verlierer produziert, akzeptiert die Pädagogik als zwangsläufiges Resultat ihrer Menschenentfaltung: Begabung und Intelligenz stehen für innere Grenzen der Erziehung, Umwelt bzw. Sozialisation für äußere – an denen sich Erzieher angeblich fürchterlich abkämpfen.

Die Wissenschaft von der Erziehung fasst sich in einem einzigen dicken Kompliment an die demokratischen Erziehungsanstalten zusammen. In ihm wird von der wirklichen Zurechtung des Nachwuchses abgesehen, um sie abzusegnen: Erziehung überhaupt ist gut, weil sie dem Menschen dient!

## ► „BÜRGERARBEIT“

bungstraining und neue Bewerbungen. Vielleicht eröffnet, wenn sonst schon nichts, wenigstens die Gewohnheit und Praxis regelmäßiger Arbeit und die Bewerbung aus dieser merkwürdigen Sorte „ungekündigter Stellung“ doch wieder eine kleine Chance auf reguläre kapitalistische Anstellung.

So sieht die realistische Verwirklichung des Ideals von der Bürgerarbeit dann aus: Eine staatliche Agentur schafft Arbeitsplätze, die den Arbeitgeber nichts kosten und dem Arbeitnehmer nichts bringen. Außer Arbeit natürlich – die besteht in Tätigkeiten, die als so überflüssig eingeschätzt werden, dass keine staatliche und keine private Stelle im Rahmen ihrer Ziele dafür Geld übrig hat. Das ist schön absurd, hat aber Konsequenz. Anders kann „Arbeit jenseits des Verwertungszwangs“ gar nicht aussehen in einer Gesellschaft, in der sich die Nützlichkeit der Arbeit an dem Geld bemisst, das ein Arbeitgeber damit machen kann; und in der allerökonomisch beachtenswerte Bedarf von denen okkupiert und benutzt ist, die damit Geld machen.

Gar nicht absurd finden das die zuständigen Sozialpolitiker. Sie sehen die Versorgung mit Bürgerarbeit als eine wahre Wohltat für die Arbeitslosen.

„Die meisten Langzeitarbeitslosen werden sich über eine sinnvolle Beschäftigung freuen, selbst wenn sie dafür nur einen symbolischen Aufschlag auf die Hartz-IV-Sätze bekommen. Wir müssen endlich ehrlich sein: Rund ein Viertel unserer Langzeitarbeitslosen wird nie mehr einen regulären Job finden.“ (Hannelore Kraft, Spiegel 8.3.)

Die sozialdemokratische Ministerpräsidentin von NRW weiß eben, was den Arbeitslosen fehlt: Beschäftigung – und die ist auch ohne Lohn eine feine Sache. Über ihren hessischen Kollegen Roland Koch empört sich das politisch korrekte Deutschland, wenn er fordert: „Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung.“ (Wirt-

schaftswoche, 16.1.2010) Als Strafe für vermutete Faulheit und als Zuchtmittel gegen Leistungsempfänger, die nichts leisten, wird das Prinzip „Kein Geld ohne Arbeit“ als rechte Hetze gegen Arbeitslose erkannt und abgelehnt; mancher fühlt sich an das faschistische „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ erinnert. Ganz anderes sieht die Sache aus, wenn derselbe Inhalt als Bedürfnis der Arbeitslosen ausgedrückt und als Angebot an sie vorgetragen wird – was nicht heißt, dass es sich für diejenigen, die dafür ausgewählt werden, in der Praxis um ein Angebot handelt, das sie ohne Sanktionen ausschlagen können. Frau Kraft appelliert an die Moral der Arbeitslosen: Es müsse ihnen doch ein Bedürfnis sein, auch etwas Nützliches zu tun und einen Beitrag zu leisten, wenn sie schon versorgt werden. Vermutlich geht ihr Appell noch nicht einmal ins Leere. Die Sittlichkeit der Arbeitslosen ist weithin intakt: Sie nehmen das Verdikt der Gesellschaft, die ihre Dienste nicht braucht und sie dafür der gesellschaftlichen Nutzlosigkeit bezichtigt, bitter ernst, wenn sie dagegen ankämpfen und es nicht auf sich sitzen lassen wollen. Sie geben den Maßstäben der Konkurrenz, an der sie scheitern, so sehr recht, dass sie sich selbst für Schmarotzer halten, wenn sie essen ohne „etwas zu leisten“. Und sie verwahrlosen tatsächlich – nicht zuerst wegen ihrer Armut, sondern weil ihnen mit dem Zwang zur täglichen Arbeit auch die Selbstachtung und die Disziplin der Lebensführung abhanden kommt. Für diese kapitalistische Sittlichkeit – und nur für sie – ist die Bürgerarbeit ein Angebot. Auch die ganz Nutzlosen bekommen „Teilhabe am Arbeitsleben“ und Integration in die Gesellschaft spendiert, aus der sie in jeder realen Hinsicht ausgegrenzt sind. Wenn sie für ihre schäbige Stütze auch noch arbeiten, dürfen sie wieder aufrecht gehen und auf sich stolz sein. Für Arbeit um einen symbolischen Lohn ernten sie Würde; die Würde des selbständigen, auf eigenen Füßen stehenden Mitglieds der Erwerbsgesellschaft. Das macht frei! – um noch eine andere unpassende Erinnerung aus vergangenen Tagen zu bemühen. ◀

## Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Gruppe

wöchentlich dienstags  
20 Uhr, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23, Nürnberg

Aktuelles Thema: Siehe [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

<http://doku.argudiss.de>

**Mitschnitte von GegenStandpunkt-Veranstaltungen** zur Kritik am demokratischen Staat, seiner kapitalistischen Wirtschaft, dem Imperialismus, der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Werte.

## Aktuell:

- **Das bedingungslose Grundeinkommen**  
Noch ein Patentrezept gegen die Übel des Kapitalismus
- **Thilo Sarrazin und seine Kritiker**  
Eine Debatte über deutsche Bevölkerungspolitik: dumm und gemein.
- **Die Ferien sind vorbei.**  
Was bezweckt und was leistet die Volksbildung im Kapitalismus?

# „König Kunde“ – eine Kunstfigur marktwirtschaftlicher Propaganda

Das Märchen vom Kunden, der König ist, stirbt nicht aus. Nach wie vor kursiert die Meinung, dass der Kunde mit seinem Einkauf über Qualität und Preis der Produkte abstimmt, dass er den Unternehmen die entscheidenden Daten vorgibt, indem er gute Produzenten belohnt und schlechte bestraft, dass er also quasi die Produktion steuert. Auch die Kunden selbst sind der Auffassung, irgendwie gehe es im Kapitalismus doch letztlich darum, dass sie bedient würden. Aber da irren sie sich gewaltig.

## Seine Majestät, Diener am Wachstum

Mit dieser Beschwörung des Kunden als „König“ wird der Marktwirtschaft als Hauptzweck angedichtet, dass es in ihr darum gehe, ihren Mitgliedern die gewünschten Konsumgüter zur Verfügung zu stellen. Dazu passt freilich gar nicht, wenn es dann heißt, der Konsum müsse „angekurbelt“ werden – er ist also nicht da, sondern wird *gefordert*. Von einer Ausrichtung des Wirtschaftens auf die Konsumerfordernisse oder -wünsche kann also nicht die Rede sein – umgekehrt ist es: Konsum wird gefordert, damit *das Wachstum* in Gang kommt. Der Konsum ist also nicht der Zweck, vielmehr soll er eine *Funktion* erfüllen, für das Wachstum eben. Wir hören schon den Einwand, der jetzt kommen muss: Aber ohne Wachstum geht doch nichts, das brauchen wir doch alle. Wer das sagt, muss dann aber auch zugeben, dass Wachstum mit Konsum nicht gleichzusetzen ist. Bekannt dürfte auch sein, dass das Wachstum noch allemal im wachsenden Reichtum der Unternehmen beziffert wird. Der Reichtum dieser Gesellschaft bemisst sich nicht in nützlichen Gütern für ein besseres Leben, sondern in wachsenden Geldsummen in den kapitalistischen Bilanzen. Und *dafür* soll „König Kunde“ seinen Dienst erbringen und dafür ist er fest verplant. Wenn dann sein Geldbeutel nicht genug hergibt für diese Ansprüche, dann wird *der* nicht aufgefüllt, stattdessen kümmern sich die zuständigen Instanzen darum, so atmosphärische Dinge wie das Konsumklima und die Kauflaune zu pflegen und den Verbraucher mit Optimismus statt Krisengerede zu versorgen, damit er seine Ersparnisse oder einen Kredit für zusätzliche Anschaffungen strapaziert.

## Euer Gnaden, Faktor Kost

Auch wenn jeder weiß, dass der Konsum vom Einkommen der Leute abhängt: Die Löhne und Gehälter der arbeitenden Menschheit kommen als Anschlag für das Wirtschaftswachstum auf keinen Fall in Frage. Diese Kaufkraft ist zwar auf dem Markt gefragt, sie soll den Umsatz der Waren realisieren und kann in *dieser* Hinsicht gar nicht groß genug sein. Aber andererseits, und das ist das Entscheidende, ist dasselbe Einkommen in der betrieblichen Bilanz *Lohnkost*. So gern die

Unternehmer es sehen, wenn der Konsum „angekurbelt“ wird, so wenig wollen sie selbst die erhoffte zunehmende Nachfrage finanzieren. Das geht ja auch nicht. In der kapitalistischen Rechnungsweise, die schließlich gilt, muss die Ausgabe für Löhne zwar sein, denn ohne Arbeit geht eine gewinnbringende Produktion nun mal nicht. Aber diese Ausgabe steht zugleich im Gegensatz zum Gewinn, steht also unter ständigem Druck nach unten.

Bevor „König Kunde“ ins Leben und auf den Markt tritt, muss er erst einmal sein anderes, sein erstes Leben absolviert haben. Das besteht darin, dass er, um an ein Zipfelchen Einkaufsmacht heranzukommen, sich vorher

gestellte müssen feststellen, dass das Verdiente wieder weg ist und sie nichts anderes tun können, als sich wieder zum Dienst zu melden. Für sie kommt beim Konsumieren also bestenfalls genau das heraus, nämlich sich so weit wieder herzurichten, dass sie dazu imstande sind. Ob der Dienstherr sie wieder reinlässt, steht auf einem anderen Blatt.

## Hochwohlgeboren, Knete her!

Einen wesentlichen Beitrag zur Legende vom „König Kunde“ leistet die Werbung. Da merkt der Kunde, dass sich sehr um seine Kaufentscheidung bemüht wird. Da mag sich mancher

sind offenbar das Mittel der Warenproduzenten, möglichst viel von ihrem Zeug an den Mann zu bringen. Da hat „König Kunde“ viel mit Rechnen und Vergleichen und mit kritischer Selbstprüfung zu tun, ob er das angepriesene Zeug wirklich haben will und es sich leisten kann.

## Euer Ehren, Sauhund!

Immer öfter hat es „König Kunde“ mit Ansprüchen an den richtigen Gebrauch seiner Macht zu tun, die er schon seit dem Sozialkundeunterricht in der Schule kennt. Als Kunde hat er nämlich *Verantwortung*. Das ist der Gipfel der Umdrehung der wirklichen Verhältnisse und der Gipfel der Frechheit – verantwortlich soll er nämlich sein für Vorkommnisse, die er sich überhaupt nicht bestellt hat. Da hört man von Dioxin in Lebensmitteln, von Landarbeitern, die durch Pestizide vergiftet werden, von Kinderarbeit in der Dritten Welt, von CO<sub>2</sub>-Belastung der Atmosphäre durch Produkte und Produktionsmethoden. Der Kunde erschrickt und fragt sich, ob er das Falsche gekauft hat und vielleicht in Zukunft das Produkt besser meidet. Hat er womöglich die billigen Produkte gekauft, um zu sparen, und gerade dadurch die Verstöße gegen Recht und Menschlichkeit gefördert? Den Vorwurf muss er sich jedenfalls anhören in der Medienaufarbeitung. Geht man nach der, macht er es sich zu leicht, wenn er über die Umweltschweine, Ausbeuter und rücksichtslosen Multis schimpft – *er* habe doch ihr Zeug gekauft, hat ihnen gerade ermöglicht, ihre Sauereien zu veranstalten. Das gibt „König Kunde“ zu denken, leider meistens in die falsche Richtung.

Anstatt den Vorwurf als Unverschämtheit zurückzuweisen, weil kein Unternehmer ihn je um Erlaubnis gefragt hat, macht er sich ein Gewissen daraus und ändert sein „Kaufverhalten“, kauft Bioprodukte, tankt bei Aral statt bei BP und gibt ein paar Euro mehr für „Fair Trade-Produkte“ aus. Er könnte sich zumindest wundern, dass die kritisierten Geschäftspraktiken munter weitergehen, also offenbar durch ihre ökonomischen Erfolge als gerechtfertigt gelten. Er könnte sich auch fragen, ob es sich da wirklich nur um vereinzelte „Auswüchse“ handelt, oder nicht eher um Gewinn steigende Maßnahmen, die im Konkurrenzkampf für *alle* Unternehmer attraktiv sind. Weswegen der Wechsel des Anbieters gar nichts ändern kann an diesen Praktiken. ◀

## Leserbriefe & Kritik an:

### Sozialistische Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung  
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistischegruppe.de  
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

## Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Hochschulgruppe

# „König Kunde“ „Konsumentenmacht“ „Konsumentenverantwortung“

## Zur schäbigen Rolle des Konsums in der Marktwirtschaft

- Wieso wird von Politikern, Gewerkschaftern und Wirtschaftsfachleuten zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur mehr Konsum *gefordert*?
- Wieso wird gleichzeitig davor *gewarnt*, dass die Lohnabhängigen durch „überzogene“ Lohnforderungen das zarte Pflänzchen Wirtschaftswachstum *verkonsumieren*?
- Wieso gibt es *professionelle* Verbraucherberatungen, die den „König Kunden“ davor bewahren wollen, *Schund* zu kaufen?
- Wieso gibt es ein Verbraucherschutzministerium?
- Wieso wird der Verbraucher mit all seiner „Konsumentenmacht“ immer wieder mit Lebensmittel- und Umweltskandalen sowie mit „ausbeuterischen“ Produktionspraktiken von Großkonzernen konfrontiert?
- Wieso laufen alle Appelle an die Verantwortung der Verbraucher gegenüber Klima, der Dritten Welt und dem Tierreich ins Leere?
- Wieso machen viele Leute ausgerechnet aus ihrem „Konsumverhalten“, der Benutzung und dem Verbrauch von Gebrauchsgütern, eine Gewissensfrage?

Antworten auf diese Fragen gibt es auf der öffentlichen Diskussionsveranstaltung am

**19.11.** Freitag, 18 Uhr c.t.  
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen  
www.sozialistischegruppe.de

als Lohnknecht hat verdingen müssen. Er muss sich also zum Diener für die Geldvermehrung anderer hergeben, denn ohne diese Dienste stünde er einfach blank und ohnmächtig vor dem riesigen Warenmarkt. Seine ganze schöne Handlungsfreiheit hängt davon ab, ob überhaupt und wenn ja, wie viel Geld er aus dem Verkauf seiner Arbeitskraft herauschlagen kann. Das ist nun leider grundsätzlich und immer zu wenig, da ja die Lebensbedürfnisse eben nicht den Maßstab abgeben, sondern nur die Verträglichkeit des Lohns für die Gewinne. Ausgegeben ist es schnell, das Einkommen, und das Ergebnis ist immer dasselbe: Gelandet ist es in den Kassen der Unternehmer. Deren Produktion geht weiter und ihr Reichtum mehrt sich, Arbeiter und An-

geschmeichelt fühlen, weil die Firmen viel Geld ausgeben und kreative Geister sich tausend Kunstgriffe einfallen lassen, um ihn als potentiellen Käufer zu beeindrucken. So ganz verborgen bleibt ihm die Absicht dahinter natürlich nicht: Sein höchstpersönliches Glück und Wohlergehen interessiert die Firmen kein bisschen, wohl aber seine Kaufkraft, die sie gern auf ihre Produkte statt die der Konkurrenz lenken wollen. Und auch daran muss „König Kunde“ wieder mal entdecken, wie wenig es auf ihn ankommt. Da tobt nämlich ständig ein heftiger Konkurrenzkampf um die beschränkte zahlungsfähige Nachfrage. Auch die immer neuen Produktideen der Firmen verdanken sich dieser Konkurrenz. Alte wie auch neu geweckte Bedürfnisse